

## Gemeinsame Bildung 2.0 – Jahrestagung in Salzburg 21./22.10.2023

Wir sind Mütter, Väter und Großeltern, Pädagog:innen, Elternvertreter:innen, Schüler:innen, Lehrende und Studierende, die für eine gemeinsame, inklusive Bildung aller Kinder und Jugendlichen ab dem Elementarbereich eintreten und sowie für eine gemeinsame Pflichtschule aller 6- bis 15-Jährigen.

Bei unserer zweiten gesamtösterreichischen Bildungstagung „Gemeinsame Bildung 2.0“ haben wir in Salzburg zwei Tage diskutiert und am 22. Oktober 2023 folgendes Manifest beschlossen:

# Salzburger Manifest<sup>1</sup>

## Präambel

### Für einen inklusiven Neubeginn - Gemeinsame Bildung für alle ist notwendig und möglich

Das österreichische Bildungswesen steckt in einer tiefen Krise, es entspricht weder den sozialen und wirtschaftlichen noch den demokratischen Anforderungen einer vielfältig bunten, diversen und sich ständig verändernden Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen Kindergärten und Schulen als gemeinsame ganztägige Lebens- und Lernräume, wo Kinder ihre neugierige Freude am Miteinander und am neugierigen Gelingen-Werden leben, begleitet von Pädagog:innen, die mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern und für die Auseinandersetzung mit ihren individuellen Anliegen haben. Wir wollen Bildungseinrichtungen, in denen Eltern mitgestalten dürfen, die nicht mit ihren Kindern zu Hause mit- und nachlernen müssen und erst froh sind, wenn die Schulzeit der Kinder vorbei ist.

Das österreichische Bildungswesen braucht keine „kostenneutrale“ Reformkosmetik, sondern einen mutigen Neubeginn, einen tiefgreifenden demokratischen Reformprozess, dessen Umsetzung zwei und mehr Legislaturperioden dauern wird und einen bildungspolitischen Grundkonsens zur Voraussetzung hat: Die gemeinsame, inklusive Bildung aller in allem ist ein Menschen- und Kinderrecht, zu dessen Verwirklichung sich Österreich verpflichtet hat.

---

<sup>1</sup> Ein **Manifest** (von [lateinisch](#) *manifestus* ‚handgreiflich gemacht‘, ‚offenbart‘) ist eine öffentliche Erklärung von Zielen und Absichten, oftmals politischer Natur. Der Begriff wird vielseitig verwendet, eine allgemein akzeptierte Definition existiert nicht. Manifeste sollen in der Regel eine breite Öffentlichkeit erreichen. [Martin Puchner](#) sieht Manifeste als [Sprechakte](#), die das Ziel haben, die Welt zu verändern. In der Wissenschaft werden in der Regel literarische, künstlerische und politische Manifeste unterschieden.  
(<https://de.wikipedia.org/wiki/Manifest>)

# Die Welt, in der wir leben und arbeiten

## Konkurrenz, Krieg und Terror

Wir leben in einer Zeit globaler Machtkämpfe um Territorien, Rohstoffe, Absatzmärkte, Macht und Einflussphären. Spannungsherde sind zu regionalen und weltumspannenden Konflikten geworden, die ökonomisch, gewaltsam und kriegerisch ausgetragen werden. Frieden und soziale Sicherheit sind auch in den reichen Ländern Europas brüchig geworden. Weltweit werden jeden Tag Menschen getötet, Junge und Alte, Männer und Frauen. Überlebende werden um ihre Lebensgrundlagen und um ihre Zukunftshoffnungen gebracht. Kinder und Jugendliche wachsen mit diesen verstörenden Nachrichten und Bildern auf. Von Kämpfen für ein besseres Leben in Frieden und ohne Angst vor dem morgigen Tag wird in den Medien wenig berichtet.

## Klimakrise, soziale Ungleichheit

Wir leben in der Zeit einer zukunftsblinden profit- und machtgetriebene Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Globalisierung hat die klimatischen Bedingungen in vielen Welt-Gegenden mehr oder weniger dramatisch verändert. Besonders betroffen sind Länder des globalen Südens. Der Klimakrise und den sich verschärfenden sozialer Spannungen setzen die wirtschaftlichen und politischen Eliten aber nur wenig entgegen. Die Kluft zwischen den wenigen Menschen, die national und global Vermögen, Kapital und Macht besitzen, und der großen Mehrheit von Arbeitnehmer:innen, prekär Beschäftigten, Einpersonunternehmen und Arbeitslosen, deren Vermögen allein in ihrer Arbeitskraft, ihrer Ausbildung und Lebenserfahrung besteht, wächst von Jahr zu Jahr. Kinder und Jugendliche merken, dass ihre Zukunft ungewiss ist, wollen davon nichts hören oder gehen für Climate Justice, Social Justice zum Klimastreik auf die Straße.

## Digitalisierung, soziale Medien

Wir leben in einer Zeit der rasant vorangetriebenen Digitalisierung von Produktionsprozessen, von wirtschaftlichen, zivilen und militärischen Steuerungsabläufen. Internet, neue Medien und Digitalisierung haben auch unseren Alltag und unsere Kommunikation verändert. In Wissenschaft und Forschung, Lernen und Bildung, Arbeit und Freizeit geht es einmal mehr um das kluge und menschenfreundliche Nützen einer neuen Technologie, über deren Anwendung Menschen und ihre Interessen entscheiden.

Viele Kinder und Jugendliche erleben sich als Digital Natives. Sie nützen die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die sie beinahe in Echtzeit einander näherbringen, deren Informations- und Bilderflut aber auch Erwachsene überfordern und den Rückzug in Meinungs-Ghettos fördern. Die verbleibende Zeit fürs reale Zusammensein mit Freund:innen, für gemeinsame Aktivitäten, Auseinandersetzungen und Erlebnisse wird weniger, auch die Zeit fürs alleine Grübeln, Ausspannen und Einschlafen vor Mitternacht. Aber nicht alle Kinder können sich als digital Natives erleben. Kinderarmut behindert auch digitale Teilhabe.

## **Die Bildung, die wir brauchen - gemeinsam, inklusiv, ganztägig, für alle**

Jede Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen hängt von den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Unsere demokratisch verfasste Gesellschaft und ihr Bildungssystem sind historisch entstanden, von widersprüchlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen und wechselnden politischen Kräfteverhältnissen geprägt. Die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen soll zum Wohle aller, zu wirtschaftlicher, kultureller, sozialer Sicherheit beitragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Inklusive Bildungsarbeit bedeutet nicht nur mehr und bessere Bildungschancen für alle, sondern auch die Anerkennung der lebendigen Vielfalt in unserer Gesellschaft und der Stärke dieser Vielfalt, die unsere Solidarität zusammenführt. Das österreichische Bildungswesen wird seinem demokratischen Bildungsauftrag immer weniger gerecht. Der Stoßseufzer vieler Eltern und Jugendlicher „Werd´ ich froh sein, wenn die Schulzeit vorbei ist!“ ist Ausdruck einer Bildungsmisere, die bei der Elementarbildung beginnt, die Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung längst erfasst hat und während der Corona-Krise weiter verschärft wurde. Überfordernde und prekäre Arbeits-, Lern- und Studienbedingungen, fehlende Kindergartenplätze und Ganztagschulen, Schul- und Studienabbrecher:innen, Pädagog:innen, die angesichts schlechter Arbeitsbedingungen den Beruf aufgeben, armutsgefährdete Lektor:innen, prekär Beschäftigte, Unternehmer:innen, die über den Arbeitskräftemangel klagen, und ein Bildungsminister, der von alledem nichts wissen will.

Aber:

Von der Bildungskrise Betroffene sind aktiv geworden, schließen sich zu Initiativen zusammen, tauschen ihre Erfahrungen aus, formulieren Forderungen und gehen auf die Straße. Elementarpädagog:innen demonstrieren, Freizeitpädagog:innen halten mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft GPAdj öffentliche Betriebsversammlungen ab, streikbereite Lehrer:innen fordern ihre GÖD-Gewerkschaftsfunktionär:innen auf, gegen laufend verschlechterte Arbeitsbedingungen zu mobilisieren, bisher noch ohne Erfolg. Der österreichische Behindertenrat informiert über den aktuellen UN-Bericht, der die Bundesregierung auffordert, die 2008 ratifizierte Behindertenrechtskonvention und damit die Inklusion von Menschen mit Behinderung im Bildungsbereich umzusetzen. Beim ersten bundesweiten Bildungsaktionstag am 15. Juni 2023 wurden in den Landeshauptstädten Kundgebungen für eine inklusive, gemeinsame Bildung abgehalten, in Wien waren es 10.000, die mit den streikenden Freizeit- und Ganztagschulpädagog:innen demonstrierten.

## Was jede Bildungseinrichtung braucht

1. Wir wollen **Kindergärten, Volks- und Pflichtschulen als sichere Lebensräume, in denen Kinder und Jugendliche ohne Angst vor Entmutigung, Beschämung und Ausgrenzung, miteinander und voneinander lernen**, nachdenklich, ruhig und unruhig, ernsthaft und fröhlich und traurig auch. Wir wollen Kindergärten, Volks- und Pflichtschulen, in denen Kinder und Jugendliche **ganztätig und inklusiv, verschieden und einzigartig, wie sie sind**, zusammenkommen, ihre Lern- und Freizeit erleben, staunen und nachfragen, essen und trinken und dann wieder gemeinsame und eigene Interessen verfolgen, Ruhepausen und Rückzugsräume gehören dazu.
2. Wir wollen **Bildungseinrichtungen**, in denen Kinder und Jugendliche ihrem Alter entsprechend betreut, begleitet und unterrichtet werden. Wir brauchen **kinder- und elternfreundliche Öffnungszeiten**. Für die **Pädagog:innen** wollen wir, den Anforderungen des Berufes entsprechend, **Arbeits- und Pausenzeiten, Arbeits- und Pausenräume**. Wir brauchen aber vor allem das für die Bildungsarbeit notwendige **Mehr an Personal**.
3. Wir wollen auch Teams von **Elementarpädagog:innen/Lehrer:innen, Freizeitpädagog:innen, Sonderpädagog:innen, inklusiven Pädagog:innen und persönliche Assistent:innen**, die Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Kindergarten-/Schul-Alltag begleiten. Wir brauchen **School Nurses und Gesundheitsteams** vor Ort und bei Bedarf rasch und unbürokratisch die Unterstützung durch **Logopäd:innen, Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen**.
4. Wir wollen Bildungseinrichtungen, denen Ressourcen bedarfsorientiert und ausreichend zugewiesen werden. Wir wollen Bildungseinrichtungen, in denen Pädagog:innen **Arbeitszeiten, Arbeitsräume, Gruppen-/Klassengrößen** vorfinden, **die ausreichend Zeit für Gespräche mit Kindern, Jugendlichen und ihren Angehörigen geben, für Gespräche miteinander, für Vorbereitung, Nachbereitung, für Teambesprechungen, Konferenzen und für Pausen**. Zeitdruck und Stress belasten soziale Lernprozesse in der Gruppe/Klasse und gefährden die Bedachtnahme auf das einzelne Kind, seine persönlichen Lernvoraussetzungen und seine besonderen Stärken.
5. **Jeder Kindergarten, jede Kindergruppe, jede Schule, jede Gruppe lernender Menschen soll sich auf den Weg zu einer zukunftsfähigeren, chancengerechteren, inklusiveren und sozialeren Bildungseinrichtung machen. Pädagog:innen und die von ihnen begleiteten Kinder und Jugendlichen** sollen im **produktiven Miteinander** ihren eigenen **Beitrag zu einem inklusiven Bildungswesen in Österreich** überdenken, Freiräume finden und ausweiten.
6. Wir wollen eine **theoretisch fundierte und praxisorientierte Aus- und Fortbildung**, die Studierende und Pädagog:innen ermächtigt, differenzsensiblen und inklusiven Unterricht zu planen, durchzuführen, theoriebasiert zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Gesetzliche

Rahmenbedingungen und davon abgeleitete Ressourcenzuteilungen durch Bund und Länder fördern, behindern oder verhindern jede Bildungsarbeit, die zum Wohl eines jeden Kindes und zur Wohlfahrt aller Menschen beitragen will. Kritik ist notwendig und soll Veränderungen anstoßen, schon im Rahmen des derzeit Möglichen, damit Schüler:innen, unabhängig von ihren jeweils individuellen Bedingungen, bessere Bildungschancen eröffnet werden. Konkret geht es dabei um **Individualisierung**, um pädagogisches Arbeiten, das von den individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen ausgeht, und um **den Einsatz vielfältiger Lehrmethoden**, das personalisiertes, selbstgesteuertes Lernen im Wechsel mit der Arbeit kleinerer und auch großer Lern- und Projektgruppen organisiert. Wir wollen Kindergärten und Schulen, in denen junge Menschen **Fragen, kritisches Hinterfragen und praktisches Erproben** lernen, wo auch Fehler gemacht und erkannt werden können, weil sie nicht um jeden Preis vermieden werden müssen. Statt alle Jahre wieder Schulangst vor Zeugnisnoten und Aufstiegsberechtigungen, wollen wir fördernde Rückmeldungen, die individuelle Lernfortschritte, besondere Interessen und Stärken aufzeigen und zu Lernplänen für die nächste Zukunft führen, die motivieren und nicht bewerten. **Inklusion im Bildungswesen** bedeutet für Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen auch **Ermutigung zu eigenständigem, kritischem Denken und zu einem respektvollen Miteinander im gemeinsamen Tun**. Gelebte Inklusion bedeutet Selbstbewusstsein und Solidarität.

7. **Pädagog:innen brauchen Interdisziplinäre Zusammenarbeit** über Elementar-, Schul- und Fachgrenzen hinweg, in ihrer Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten und in ihren Bildungseinrichtungen. Statt bürokratischer Hürden und Warteschleifen fordern sie für Kindergärten und Schulen multiprofessionelle Teams zur Unterstützung, zur Zusammenarbeit im pädagogischen Alltag und zur ständigen Weiterentwicklung von Lernen. **Zeit, Raum und Mut** zur Auseinandersetzung mit sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen werden wir uns nehmen.

## **Bildungspolitische Voraussetzungen für eine bundesweit wirksame Bildungsreform, einen Neubeginn**

1. Wir wollen zu einer breiten und parteiübergreifenden Bewegung für die gemeinsame Bildung aller Kinder und Jugendlichen und für das verfassungsgesetzlich abgesicherte, einklagbare Recht auf inklusive Bildung beitragen. Im Mittelpunkt steht hierbei das Recht des Kindes auf ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen. Eine krisenhaft veränderte und sich weiter verändernde Welt stellt uns auch hier in Österreich vor soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Aufgaben, deren Lösungen im Interesse aller

Menschen, die hier leben, nicht länger verdrängt oder als unfinanzierbar in eine ferne Zukunft abgeschoben werden dürfen. Im Bildungsbereich mit seinen ungelösten alten und neuen Problemen brauchen wir grundlegend veränderte bildungspolitische Rahmenbedingungen, keine Reformversprechen, sondern einen Neubeginn.

2. **Wir arbeiten für ein breites politisches Einvernehmen über die Sinnhaftigkeit und**

**Notwendigkeit gemeinsamer Bildungsorte vom Kindergarten bis zum Ende der Schulpflicht.**

Wir fordern von Regierung und Gesetzgebung die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention und damit das Recht eines jeden Kindes auf Inklusion. Österreich hat die UN-Behindertenkonvention ratifiziert und sich damit zur schrittweisen Umsetzung der Inklusion verpflichtet: zur Öffnung unserer Kindergärten, Schulen und Hochschulen für Menschen mit Behinderungen und exkludierende Sonderschulen für Behinderte in ein inklusives Bildungssystem umzuwandeln. Inklusion vom Kindergarten bis zum Ende der Pflichtschulzeit betrifft nicht nur die in der Kompetenz der Länder liegenden Pflichtschulen (Volksschule, Mittelschule, Polytechnische Schule), sondern auch die nur für sehr gut und gut benotete Volksschulabgänger vorgesehene Unterstufe der AHS-Bundesschule. Inklusive, gemeinsame Bildung bedeutet das Recht jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz und auf eine gemeinsame ganztägige Pflichtschule zumindest bis zum 15. Lebensjahr. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Ausleseverfahren zur Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen gehen nicht zusammen. Alle Kinder brauchen wechselseitig bereichernde Lernerfahrungen mit anderen Kindern und mit Kindern aus unterschiedlichen familiären und sozialen Milieus.

3. Wir arbeiten dafür, dass die Parteien in Österreich parteipolitisches Taktieren zurückstellen und zu einer gemeinsamen Bildungspolitik finden, die alle Kinder und Jugendlichen, ihre Zukunft und die unseres demokratischen Wohlfahrtsstaates außer Streit stellen und sich auf den Weg machen für ein zukunftsfähigeres, chancengerechteres, inklusiveres und sozial gerechteres Bildungswesen, Schritt für Schritt.

4. **Wir arbeiten für bundesweit verbindliche und verfassungsrechtlich abgesicherte**

**Bildungsgesetze:** Die öffentliche Hand garantiert allen Kindern und ihren Eltern eine den pädagogischen Aufgaben angemessene personelle, infrastrukturelle und materielle Ressourcen-Ausstattung aller Bildungseinrichtungen, die nach transparenten Kriterien erfolgt: Gruppengrößen, Zahl der Kinder und Jugendlichen, Anteil besonders Förderbedürftiger aufgrund körperlicher oder anderer Lernbehinderungen, Anteil von Kindern und Jugendlichen aus migrantischen bzw. geflüchteten Familien u.a. als Arbeits- und Planungsgrundlage für die jeweilige Bildungseinrichtung. Dazu braucht es eine klare Aufteilung der bundesweiten Zuständigkeiten für Gesetzgebung (Parlament), Pädagogisches Personal

(Bildungsministerium) und Schulerhaltung (Gemeinden, Magistrate). Bildungsdirektionen sind

nachgeordnete Bundesbehörden, denen ein durch Landtags- bzw. Wiener Gemeinderatswahlergebnisse demokratisch legitimiertes Kollegium beratend zur Seite steht. Die Bildungsdirektionen unterstützen die Schulen und Schulerhalter bei der eigenverantwortlichen Umsetzung des Bildungsauftrags durch Zuteilung des dazu notwendigen Personals. Der Gesetzgeber hat günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, Bundesregierung und Finanzminister:innen haben die Finanzierung der öffentlichen Bildung bedarfsorientiert sicherzustellen, zu den Personalkosten kommen die für Infrastruktur und Schulerhaltung erforderlichen öffentlichen Mittel für die Gemeinden bzw. Magistrate.

5. **Wir unterstützen die langjährige Forderung der Elementarpädagog:innen nach einem Bundesgesetz Elementarpädagogik**, mit dem bundesweit und für alle Betreiber:innen von Kindergärten verbindliche pädagogische Standards wie Gruppengrößen, Öffnungszeiten, räumliche und personelle Ausstattung festgelegt und ihre Überprüfung und Weiterentwicklung sichergestellt wird. Dabei muss sich unbedingt am höchsten Niveau orientiert werden. Das heißt, sollten Bundesländer-Gesetze als Referenz dienen, sollen die bundesweit qualitativ hochwertigsten Standards als Vorbild dienen. Dies gilt auch für folgende Bedingungen: Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten sind von den Arbeitgeber:innen mit den Gewerkschaften der Beschäftigten bundesweit einheitlich in Kollektivverträgen festzuschreiben. Die Gewerkschaften bzw. Interessenvertretungen sollen ausschließlich für pädagogisch tätige Personen agieren und kein Zusammenschluss für Landes-/Gemeindebedienstete sein. Das Erreichen der pädagogischen und arbeitsrechtlichen Standards ist Voraussetzung für den Anspruch der Betreiber:innen auf öffentliche Finanzmittel.
6. **Wir arbeiten für Kindergärten/Kindergruppen und Schulen der 6-15-Jährigen als ganztägige inklusive Bildungseinrichtungen**, bewährt haben sich eine Kernzeit von 9<sup>00</sup> - 15<sup>00</sup>/16<sup>00</sup> für alle, öffentlich finanzierte Essensverpflegung und der Einsatz von Freizeitpädagog:innen. Mit den Freizeitpädagog:innen fordern wir für den Kindergarten und die Schule der 6-15-Jährigen<sup>2</sup>
7. *Bereitstellung von räumlichen und finanziellen Ressourcen, um die Betreuung von Kindern in (ausreichend) **freizeitadäquaten Räumen** zu ermöglichen*
8. **Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch Herabsetzung der Kinderhöchstzahl pro Gruppe in der Freizeitbetreuung**

9. *Bereitstellung von zusätzlichem **Personal für die Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen** und Finanzierung von weiterem Fachpersonal (wie z.B. Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen, Gesundheitsteams) zur Unterstützung der Pädagog:innen in den Kindergruppen der schulischen Freizeitbetreuung*
10. *Eine **hochwertige Verpflegung für die Kinder im Ganztags schulbereich**: Große Speisesäle (damit nicht in vielen Schichten gegessen werden muss) und Produktionsküchen*
11. **Wir wollen Rahmenlehrpläne und Bildungsziele im Sinne mehrjähriger, übergreifender Lernorientierungspunkte.** Jedes Kind/jede Lerngruppe hat ihren besonderen Zugang zum gemeinsamen Tun, besondere Interessen, Stärken und einen eigenen Lernrhythmus. Soziale Prozesse und unvorhergesehene Ereignisse brauchen Zeit, die tages- bzw. stundenweise getaktete Lehrplanvorgaben außer Kraft setzen. Pädagog:innen brauchen einen mehrjährigen Zeitrahmen, den sie mit den Kindern und Jugendlichen selbst und ohne Zeitdruck gestalten können. Jahreszeugnisse, die ab der zweiten Volksschulklasse über Aufsteigen oder Klassenwiederholung entscheiden, Notendruck, Aussonderungs- und Abstufungstests beschädigen die neugierige Freude am G´scheiterwerden, demotivieren und stressen Kinder, Eltern und Pädagog:innen. Leistungsbeurteilungen mittels Noten sollen durch individuell fördernde Lernstandserhebungen ersetzt werden, die Grundlage für von Pädagog:innen, Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu entwickelnden Lernpläne sind.
12. **Wir wollen Bildungseinrichtungen, Pädagog:innen und Leitungen, denen eigenständiges Handeln zugetraut und mehr Verantwortung in Kindergarten und Schule übertragen wird.** Obrigkeitsstaat und Untertänigkeit sind Vergangenheit, wir wollen für jeden Standort angemessene, von praxisferner bürokratischer Bevormundung befreite Gestaltungsräume für Mitbestimmung in der Elementarbildung wie in der Schule, für autonome Tages- und Unterrichtsgestaltung, für Ausflüge, Exkursionen und Schulveranstaltungen, für Lern- und Freizeitangebote. Jede Bildungseinrichtung lädt einmal im Jahr/alle zwei Jahre zu einer Kindergarten- bzw. Schulversammlung ein, in der Kindern/Schüler:innen, Eltern und Vertreter:innen von Gemeinde und Bildungsdirektion der **Rechenschaftsbericht** über die abgelaufene Periode vorgelegt und besprochen wird, und stellt geplante Vorhaben zur Diskussion.
13. **Wir wollen eine Strukturänderung zum Abbau bürokratischer und fremdgesteuerter Kontrollsysteme.** Kinder, Jugendliche, Pädagog:innen und Schulleitungen brauchen mehr Demokratie, Mitbestimmung und Autonomie, learning by doing. Jeder Bildungseinrichtung soll es möglich sein, eine der Vorgeschichte des Standorts passende Führungs- und Leitungskultur zu entwickeln – in Zusammenarbeit von Leiter:innen und Pädagog:innen, die

sich für eine demokratische Beteiligung an der Weiterentwicklung ihrer Bildungseinrichtung engagieren und in einem Leitungsteam mitarbeiten, von Personalvertreter:innen, Vertreter:innen der Eltern und der Kinder bzw. der Schüler:innen.

14. **Wir wollen die für regionale Kooperationen** mit Sportvereinen, Kulturinitiativen, Volkshochschulen und Musikschulen, mit benachbarten Schulen bzw. Kindergärten, mit Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, mit bereits etablierter Helfer:innenstrukturen (bspw. Therapeut:innen, Jugendsozialarbeiter:innen etc.). Wir wollen in der Gemeinde bzw. im Bezirk verankerte und vernetzte Schulen, die zu einem vitalen Ort des Gemeindelebens werden.
15. Wir wollen eine **theoretisch fundierte und praxisorientierte Aus- und Fortbildung**, die Studierende wie Lehrpersonen ermächtigt, differenzsensiblen Unterricht zu konzipieren, durchzuführen, theoriebasiert zu reflektieren und zu adaptieren. Kontextbedingungen auf schulischer und bildungspolitischer Ebene werden als hinderlich oder förderlich verstanden, als solches angesprochen und im Rahmen der Möglichkeiten so verändert, dass Schüler\*innen, unabhängig von ihren jeweils individuellen Bedingungen, qualitätsvolle Bildung ermöglicht wird.

## Die Zukunft hat schon begonnen – konkrete Ansätze

Jeder Kindergarten, jede Schule, jede Gruppe lernender Menschen kann in ihrer Bildungseinrichtung einen Beitrag zu einem inklusiven Bildungswesen leisten. Was wie gelingt, hängt von konkreten Standortbedingungen ab, von Pädagog:innen und ihrer Zusammenarbeit, vom Einsatz der Leiter:innen und von den Ressourcen, die vom Dienstgeber zurzeit in nur ungenügendem Ausmaß bereitgestellt werden. Wir können und wollen die inklusive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht auf die Zeit nach dem Neustart des österreichischen Bildungssystems verschieben, wir versuchen sie in Bildungseinrichtungen, Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen zu leben und alltäglich in unseren pädagogischen und sozialen Berufen, als Eltern, Großeltern, Alleinerzieher:innen und Studierende zu verwirklichen.

1. **Vielfalt, Heterogenität, Mehrsprachigkeit und Diversität sind die Realität in allen Bildungseinrichtungen.** Im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und Freiräume sind Kindergärten und Schulen bereits auf dem Weg Diversität kann durch die in der Schule von heute immer noch vorgeschriebenen Ausleseverfahren nicht verhindert werden. Diversität in der Gesellschaft und ihren Bildungseinrichtungen sollte endlich als Bereicherung für Bildungsprozesse erkannt und genützt werden. Diversität ist innerhalb der Klassen anzustreben.

2. **Gemeinsame Reflexion über inklusive pädagogische Praxis** soll im Rahmen der Dienst- und Vorbereitungszeit organisiert werden, in pädagogischen Groß- und Kleinteams. Niederschwellige Supervisionsangebote können zur Stärkung der Methodenvielfalt, der Binnendifferenzierung und individuellen Förderung und zur besseren Wahrnehmung einzelner Kinder, ihrer Interessen, Stärken und Schwächen in ihrem Lern-Werdegang angefordert werden. Ablehnung des Anliegens mangels Ressourcen ist möglich, aber einen Versuch wert.
3. **Jeder Kindergarten, jede Schule kann auch im Rahmen bestehender Möglichkeiten standortautonome Strukturen und Angebote entwickeln**, z.B. altersgemischte Lerngruppen, Kursangebote, Projektfenster, Sprachlerngruppen, flexible Förderangebote, Zeit und Raum zur Einzelbegleitung oder als ruhig-entspannte Rückzugszonen.
4. **Kindergartenbetreiber und Schulerhalter könnten die Pädagog:innen zum Austausch und zur Zusammenarbeit in unterschiedlichen Formen multi-professioneller Teams** ermuntern, Vertrauenspersonen, Personalvertreter:innen und Betriebsrät:innen werden dafür sorgen, dass diese Teamarbeit nicht auf Kosten der Freizeit angeordnet wird. Elementarpädagog:innen, Grundschul- und Fachlehrer:innen, Sonder- und Freizeit- und Sozialpädagog:innen können bei besonderen Problemen Sozialarbeiter:innen, Schulärzt:innen Logopäd:innen, Psycholog:innen oder für Reinigung, Küche, Verwaltung zuständige Kolleg:innen zur Unterstützung holen. Auch hier gilt: Ablehnung der Unterstützung mangels Ressourcen ist möglich, aber einen Versuch wert.
5. **Jede Bildungseinrichtung bestimmt autonom über die Art der Öffnung nach innen und nach außen**, d.h. über das Nutzen elterlicher Expertise im Lerngeschehen, über den Einbau ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, über Kontakt und Zusammenarbeit mit der Gemeinde zur Förderung von Inklusion auch außerhalb des Kindergartens oder der Schule, mit Initiativen, Kultur- und Sportvereinen, mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, mit wissenschaftlichen Einrichtungen, mit Firmen und Betrieben aus dem lokalen und regionalen Umfeld.

## Wir lernen im Gehen

**Die Neu- und Umgestaltung des Bildungswesens in Österreich ist ein Jahrhundertprojekt.** Es bricht mit den Traditionen des in der Habsburger Monarchie begründeten und in den österreichischen Kronländern fest verankerten Standeschulsystems. Dieses System hat den Zerfall der Monarchie überlebt, Republikgründung und Ständestaat überdauert. Es wurde durch die Schulgesetze 1962 in seinen Grundzügen bestätigt und in den Verfassungsrang erhoben (Bundeszuständigkeit für

Gesetzgebung und höhere Schulen inkl. AHS-Unterstufe - Länderkompetenz für Pflichtschulen und Berufsschulen). Höhere Schulen sorgen weiterhin für den Nachwuchs der höheren Stände, Mittelschulen fürs gewöhnliche Volk.

**Eine gemeinsame Pflichtschule und die Inklusion aller Kinder ins österreichische Bildungssystem brauchen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.** Die Umsetzung in Schulen und Kindergärten wird nicht nur die Pädagog:innen vor neue Herausforderungen stellen. Auch Eltern müssen davon überzeugt werden, dass gemeinsame Bildung allen Kindern Erfahrungen individueller und gesellschaftlicher Verschiedenheit ermöglicht, gemeinsame Lernmöglichkeiten ohne Konkurrenz und Notendruck, in Bildungsorten, die das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

**Für die Elementarbildung fordern engagierte Pädagog:innen und Eltern ein Bundesgesetz,** das bundeseinheitliche Mindeststandards garantiert, mit der **Orientierung an den qualitativ hochwertigsten Standards in Österreich.** Wir unterstützen diese Bemühungen und verbinden sie mit der Forderung nach dem **Recht auf einen Kindergartenplatz und auf Inklusion.**

**Die Neu- und Umgestaltung des Bildungswesens, Inklusion im Kindergarten und in gemeinsamen, ganztägigen Pflichtschulen (Mittelschule und AHS-Unterstufe) wird mehr als zwei Legislaturperioden brauchen.** Parteiübergreifende, politische Weichenstellungen und der geduldige Abbau landes-parteilichtischer Blockaden, Bewusstseinsarbeit von Medien, Politiker:innen, Sozialpartner:innen und Interessensvertretungen, wissenschaftlich begründete und praxistaugliche Information, gefolgt von einer breiten öffentlichen Diskussion über Kinderrechte und Bildungsziele und über den „Mehrwert“ von Inklusion und gemeinsamer Bildungseinrichtungen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind notwendig.

**Den pädagogisch tätigen Kolleg:innen, den Eltern und ihren Kindern in den Bildungseinrichtungen kommt in diesem Prozess eine besondere Rolle zu.** Denn eine bürokratische „Entfesselung“ durch ein Mehr an Eigenverantwortung kann auch verunsichern. Beim Beschreiten neuer Wege werden aber mehr und mehr Beteiligte merken, dass der erhöhte Diskussions-, Denk- und Zeitaufwand durch größere Arbeitszufriedenheit und eine verringerte Belastung durch Kontroll- und Selektionsmaßnahmen mehr als kompensiert werden kann. Und davon können die Kinder und Jugendlichen ganz unmittelbar profitieren.

**Glück auf und Walk on!**

## Inhalt

<b>Gemeinsame Bildung 2.0 – Jahrestagung in Salzburg 21./22.10.2023</b> .....	1
<b>Salzburger Manifest</b> .....	1
<b>Präambel</b> .....	1
<b>Was jede Bildungseinrichtung braucht</b> .....	4
<b>Bildungspolitische Voraussetzungen für eine bundesweit wirksame Bildungsreform, einen Neubeginn</b> .....	5
<b>Die Zukunft hat schon begonnen – konkrete Ansätze</b> .....	9
<b>Wir lernen im Gehen</b> .....	10
<b>Inhalt</b> .....	12